

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 5 | NOVEMBER 2010

BILDUNGSLANDSCHAFT
Ein freies Land braucht freie Schulen

DIE FDP MUSS FDP BLEIBEN
23. Ordentlicher Landesparteitag

20 JAHRE DANACH
Festakt '20 Jahre FDP Thüringen'



Freiheit zur Verantwortung

Den Blick zurück mit dem Blick
nach vorn verbinden



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Thüringen kann 20 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Die deutsche Einheit und damit die Entwicklung Thüringens sind eine weltweit einmalige Erfolgsgeschichte. Der Aufbau staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen nach dem Ende des kommunistischen Regimes ist das Verdienst der Menschen in unserem Land – auch vieler engagierter Liberaler. Mit vielen, die Verantwortung getragen und die Grundlagen für die Politik von heute geschaffen haben, konnten wir am 6. August in Weimar '20 Jahre Thüringer FDP' feiern (siehe Seite 10).

Dankbar erinnern wir uns an die Unterstützung vor allem aus Hessen und Rheinland-Pfalz, mit der die Umstrukturierung der planwirtschaftlichen Mangelwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft gelungen ist. Die Fraktion der FDP in Thüringen hat in ihrem ersten Jahr im Landtag die Zusammenarbeit mit der hessischen Landtagsfraktion mit gemeinsamen Veranstaltungen intensiv aufleben lassen. Bei ihrem Treffen mit den beiden Fraktionen in Jena bekräftigten die ehemaligen FDP-Minister Ruth Wagner und Dr. Ulrich Fickel ihre Überzeugung: Thüringen braucht Freie Demokraten in Verantwortung.

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands sind für uns Anlass, innezuhalten und uns des Wertes der Freiheit in der heutigen Gesellschaft noch einmal zu vergewissern. Wir müssen uns der Frage stellen, was Freiheit zur Verantwortung heute bedeutet. Dabei müssen wir den Blick zurück mit dem Blick nach vorn ver-

» Wir sehen den Erfolg der Veränderungen und distanzieren uns von den falschen und verfälschenden geschichtlichen Darstellungen «

binden. Wenn wir zurückblicken, dann sehen wir, dass es keinen Lebensbereich gibt, der nicht von einschneidenden Veränderungen betroffen war. Wir sehen den Erfolg der Veränderungen und distanzieren uns von den falschen und verfälschenden geschichtlichen Darstellungen, wie sie insbesondere von linken Kräften kommen.

Gleichwohl wissen wir, dass die Erwartungen, die in den ersten Jahren nach

der Einigung geweckt wurden, und die damals gesteckten Ziele oftmals zu hoch waren, dass es zu Enttäuschungen gekommen ist.

Die Wirtschaftskraft liegt trotz aller positiven Entwicklungen noch immer hinter der der 'alten Länder' zurück, die Abwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter Menschen hält an, die demografische Entwicklung geht in Richtung Überalterung der Gesellschaft, Bildungserfolg hängt stark von der sozialen Herkunft ab – und die Lage der öffentlichen Haushalte ist dramatisch (siehe Seite 12). Dies sind einige der Herausforderungen, denen sich die Politik in den nächsten Jahren stellen, für die sie Antworten finden muss.

20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die FDP aus den Wahlen des Jahres 2009 als viertstärkste politische Kraft in Thüringen hervorgegangen. Sieben Abgeordnete im Thüringer Landtag gestalten gemeinsam mit liberalen Mandatsträgern in allen 23 Thüringer Kreistagen und in vielen Gemeinden und Städten unseres Landes und in enger Zusammenarbeit mit zwei Bundestagsabgeordneten der Thüringer FDP (siehe Seiten 08 und 09) verantwortlich die Geschicke unseres Landes auf allen Ebenen nationaler Parlamente. Wir wollen diese Chance nutzen und an die erfolgreiche liberale Politik der ersten Jahre des Wiederaufbaus anknüpfen. In Gestaltungsverantwortung und als konstruktive Opposition ist es gleichermaßen von Bedeutung, die Grundwerte liberaler Überzeugung in den Grundzügen liberaler Politik erkennbar und erlebbar zu machen.

Die Thüringer Liberalen haben diese Entschlossenheit auf dem 23. Ordentlichen Parteitag in Bad Langensalza bekräftigt (siehe Seite 4). Nur durch eine verantwortungsvolle Bildungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik kann Thüringen sich auf die Herausforderungen einstellen. Die FDP Thüringen wird ihre neue Verantwortung nutzen, um ihren Beitrag dazu zu leisten.

Ihr Uwe Barth
Fraktionsvorsitzender FDP im
Thüringer Landtag, Landesvorsitzender
der FDP Thüringen

Ein freies Land braucht freie Schulen

Liberaler für Erhalt einer vielfältigen Bildungslandschaft im Freistaat Thüringen

Die Bildung der nachwachsenden Generationen ist ein hohes Gut; wer in sie investiert, investiert in den Erhalt und die Förderung des intellektuellen Niveaus und sorgt für den gesellschaftlichen Wohlstand. Dies zu tun, hat sich das Bildungsland Thüringen auf seine Fahnen geschrieben. Nach Ansicht der Thüringer Liberalen ist es hierfür – gerade im Hinblick auf die optimale Freisetzung der Potenziale des Individuums – unabdingbar, Eltern und Schülern prinzipielle Wahlfreiheit einzuräumen. Dies bedeutet auch, dass die Betroffenen entscheiden können, ob sie eine staatliche oder eine von freien Trägern geführte Schule wählen.

Diese Wahlfreiheit ist durch geplante Gesetzesänderungen nun gefährdet. Die Kürzung von Fördermitteln nämlich würde freie Schulen dazu zwingen, das Schulgeld zu erhöhen. Die Liberalen befürchten zudem, dass sich die geplante dreijährige Wartefrist kontraproduktiv auf Neugründungen auswirken wird. Bewährte Träger haben vielmehr bewiesen, dass sie eine solche Bildungseinrichtung wirtschaftlich führen können und sollten deshalb die Möglichkeit haben, bei Bedarf neue Schulen zu gründen.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind in den vergangenen 20 Jahren zu einem wichtigen Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft geworden. Insgesamt 23.160 und damit zehn Prozent aller Thüringer Schüler bekommen im laufenden Schuljahr eine qualitativ hochwertige Ausbildung an Schulen in freier Trägerschaft. Die freien Schulen sind innovativ und arbeiten mit neuen Ideen. Sie geben den staatlichen Schulen Anstöße zu einem neuen Denken in der Unterrichts-

entscheidet, welche Schule ihre Kinder besuchen können und welche nicht. „Ein freies Land braucht freie Schulen“, dies betonte auch Marco Eberl von der evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland kürzlich zum Auftakt der neuen bildungspolitischen Diskussionsreihe der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. Freie Schulen nämlich seien „ein Zeichen für den aktiven Gebrauch der Bürgerrechte.“

Am 29. September 2010 hatten die Thüringer Liberalen zu einer Diskussionsrun-

» Freie Schulen sind ein Zeichen für den aktiven Gebrauch der Bürgerrechte «

gestaltung. Deshalb wäre es verantwortungslos, diesen innovativen Schwung ideologisch motiviert zu bremsen.

Die Thüringer Liberalen fordern deshalb eine finanzielle Gleichbehandlung der staatlichen und der Schulen in freier Trägerschaft. Die Schulen in freier Trägerschaft stehen jedem Schüler, jeder Schülerin offen. Das muss auch morgen noch gewährleistet sein. Deshalb wird die FDP-Fraktion es nicht zulassen, dass künftig allein der Geldbeutel der Eltern darüber

de über die Zukunft der Schulen in freier Trägerschaft in das Comcenter im Erfurter Brühl eingeladen. Rund 100 Schulleiter, Verbandsvertreter, Lehrer und Eltern waren der Einladung des Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth und der Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing gefolgt. Etwa 40 Einrichtungen im Freistaat Thüringen und alle Schulformen waren damit bei der Diskussion über die geplante Neufassung des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft vertreten. *jp*





Kurs halten: FDP muss FDP bleiben

23. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen in Bad Langensalza

„Die FDP ist in Thüringen eine feste politische Größe“, sagte der alte und neue Landesvorsitzende zum Auftakt des 23. Ordentlichen Landesparteitages der Thüringer FDP am 30. und 31. Oktober 2010 in Bad Langensalza, und die 150 Delegierten bestätigten dies im Verlauf des Parteitages nachdrücklich.

„Nach der Wahl 2009 müssen wir Kurs halten, wir müssen uns an das halten, wofür wir im Wahlkampf angetreten sind“, forderte Barth in seiner Grundsatzrede. „FDP muss FDP bleiben! Wir Liberalen stehen für unsere Grundwerte, wir stehen für Freiheit, für Demokratie, für Eigen- und gesellschaftliche Verantwortung, für Chancengleichheit, und wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft.“ Diese Grundwerte stünden auch nach der Wahl nicht zur Disposition und sie seien auch nicht tagespolitisch verhandelbar.

Barth steht nach dem Parteitag auch weiterhin an der Spitze der Liberalen in Thüringen. Die Delegierten wählten den Jenaer, der seit 2003 den Landesverband führt und seit vergangenem Jahr auch Fraktionsvorsitzender der FDP im Thüringer Landtag ist, mit großer Mehrheit erneut ins Amt. Generalsekretär bleibt der Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing aus dem Kreisverband Nordhausen und der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag Dirk Bergner aus dem Landkreis Greiz im Amt bestätigt. Der bisherige Stellvertreter Lutz Recknagel verzichtete zugunsten einer Ehrenamtlerin. Als neue dritte stellvertretende Vorsitzende wurde die bisherige Beisitzerin im Landesvorstand Sandra Scherf-Michel (Saale-Orla-Kreis)

gewählt. Frank-André Thies aus dem Ilm-Kreis wurde als Landesschatzmeister bestätigt. Als Beisitzer gewählt wurden Lutz Recknagel (Kreisverband Schmalkalden-Meiningen), Marian Koppe (Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt), Heinz Untermann (Kreisverband Sömmerda) und Thomas L. Kemmerich (Kreisverband Erfurt). Steffen Dreiling (Unstrut-Hainich-Kreis), Peggy Katzer (Kreisverband Erfurt), Torsten Köhler-Hohlfeld (Kreisverband Gotha), Dr. Thomas Nitzsche (Kreisverband Jena) und Paul Gellner (ebenfalls Kreisverband Jena) sind neu im Gremium.

Zuvor, am ersten Sitzungstag, hatte die FDP Thüringen ihre Satzung grundlegend überarbeitet. Der Parteitag folgte dabei dem Vorschlag des Landesvorstandes, diesen um vier Beisitzer auf insgesamt 15 Mitglieder zu erhöhen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder der



Dem neuen Landesvorstand der Thüringer FDP gehören jetzt 15 Frauen und Männer aus allen Regionen Thüringens an. Zu ihrem Landesparteitag fanden die Liberalen im Kultur- und Kongresszentrum Bad Langensalza beste Bedingungen vor.

FDP-Landtagsfraktion einen nicht zu großen Einfluss im Landesvorstand erhalten. Nach der Landtagswahl im vergangenen Jahr war ein Großteil der Mitglieder des Landesvorstandes in den Landtag gewählt worden. Einstimmig verabschiedet wurde ein Leitantrag des Landesvorstandes, in dem unter anderem die Abschaffung des Landesarbeitsmarktprogrammes und des Thüringer Erziehungsgeldes sowie die Gleichbehandlung aller Schularten in Thüringen gefordert werden.

Nach dem Willen der Thüringer Liberalen soll sich der Freistaat als Vorreiter in der Bildungszusammenarbeit etablieren und zusammen mit Sachsen und Sachsen-Anhalt ein mitteldeutsches Abitur einführen. Ebenfalls beschlossen wurde ein Antrag, mit dem die FDP Thüringen die Landesregierung auffordert, sich rechtzeitig und umfassend für Erhalt und Sicherung

der Bundeswehrstandorte in Thüringen einzusetzen. Die Landesregierung soll hierzu frühzeitig mit allen maßgeblichen Akteuren auf Landes- und Bundesebene Kontakt aufnehmen.

Die Thüringer Liberalen präsentieren sich als fest kommunal verankert. So

» Nach der Wahl 2009 müssen wir Kurs halten und uns an das halten, wofür wir angetreten sind «

wurde ein Antrag verabschiedet, der eine Obergrenze für die Erhebung und Festsetzung der Kreisumlage auf maximal 35 Prozent fordert. Dazu soll nach dem Willen der FDP die Kommunalordnung geändert werden. Der Landesparteitag unterstützte ferner die Klage der FDP-Landtagsfraktion gegen die derzeitigen Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich. In

mehreren Anträgen beschäftigten sich die Liberalen zudem mit der Energiepolitik. Beschlossen wurde, dass sich die FDP Thüringen für eine ausgewogene Förderung der erneuerbaren Energien einsetzt, „die einen fairen Ausgleich zwischen Umweltschutz und Verbraucherinteressen

herstellt“, wie es in dem Beschluss heißt. Ferner sollen durch die Nutzung und Anwendung von erneuerbaren Energien Arbeitsplätze in Forschung und Fertigung geschaffen werden. *ms/jp*

ALLE BESCHLÜSSE, FOTOS UND VIDEOS vom diesjährigen Ordentlichen Parteitag der FDP Thüringen finden Sie auf der Seite <http://parteitag.fdp-thueringen.de>

Es war ein teures Jahr für Thüringen

Uwe Barth im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung

Der Landesvorsitzende der Thüringer FDP im Interview mit Hartmut Kaczmarek, dem stellvertretenden Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung.

Hartmut Kaczmarek: Der FDP-Landesparteitag fand in einer bundesweit schwierigen Situation für die FDP statt. Die Umfragen sind im Keller, die Partei müsste derzeit um den Einzug in den Bundestag bangen. Ist die Basis enttäuscht?

Uwe Barth: Die Thüringer FDP hat ihren ersten Parteitag nach den Wahlen des vergangenen Jahres veranstaltet. Es hat keinen Jubelparteitag nach dem Wiedereinzug in den Landtag gegeben. Deshalb können wir erst einmal voller Stolz konstatieren: Die Thüringer FDP steht so gut da wie seit 15 Jahren nicht mehr.

Kaczmarek: Dann ist da doch noch der Tiefpunkt auf Bundesebene.

Barth: Natürlich sind die Parteimitglieder mit der aktuellen Lage nicht zufrieden. Das haben auch einige Delegierte zur Sprache gebracht.

Kaczmarek: Ist es nicht sogar notwendig, Druck von der Basis in Richtung Berlin zu machen?

eine gute Politik vor Ort für ein gutes Klima für die FDP insgesamt zu sorgen.

Kaczmarek: Mitgefangen – mitgegangen?
Barth: Wir gehören zusammen. Man wird gemeinsam in Haftung genommen, auch wenn man an gewissen Entwicklungen keinen unmittelbaren Anteil hat.

Kaczmarek: Ein Jahr Schwarz-Rot in Thüringen. Jeder zieht Bilanz. Wie ist das Jahr aus Ihrer Sicht gelaufen?

Barth: Wir konstatieren ein Jahr Landesregierung. Zu feiern gibt es nichts.

Kaczmarek: Spart Thüringen nicht genug?

Barth: Natürlich nicht. Wir hatten zwei Haushaltsberatungen in diesem Jahr. Am Ende stand eine Neuverschuldung von 1,5 Milliarden innerhalb von zwei Jahren.

Kaczmarek: Frau Lieberknecht sagt, Thüringen sei auf dem richtigen Weg.

Barth: Wenn man das so sieht, muss man entweder blind oder ignorant sein. Diese Auswahl würde ich anbieten.

Kaczmarek: Stichwort Bildungspolitik. Hier hat die Koalition immerhin eine neue Schulform etabliert – das SPD-Lieblingskind Gemeinschaftsschule.

Barth: Brauchen wir die Einführung einer ideologisch motivierten Schulform wirk-

Barth: Derjenige, der in der Koalition die Spuren zieht, ist Wirtschaftsminister Matthias Machnig. Sein Satz „Ich könnte noch besser sein, wenn es Wettbewerb gäbe“, ist arrogant und unkollegial. Eine Ministerpräsidentin als Chefin des Kollegialorgans Kabinett müsste so etwas unterbinden. Es ist auch eine Anmaßung angesichts dessen, was in den letzten Jahren in Thüringen passiert ist.

Kaczmarek: Ein Jahr Schwarz-Rot – aus Ihrer Sicht ein verlorenes Jahr?

Barth: Es war vor allem ein teures Jahr.

Kaczmarek: Sie haben gesagt, die Thüringer FDP will mit ihren bescheidenen Mitteln dazu beitragen, dass es der Bundes-FDP besser geht und wir vor Ort Erfolg haben. Wie soll das geschehen?

Barth: Kleine und große Dinge kommen da zusammen. Ich beginne beim Haushalt. Die FDP hat ernsthafte Einsparungsvorschläge gemacht. Die wären auch umsetzbar gewesen, wenn man es denn ernsthaft gewollt hätte.

Kaczmarek: Machnig sagt, es sei kein einziger zu realisieren gewesen.

Barth: Die Landesregierung hat doch selbst das Gegenteil bewiesen. Im Zuge der Haushaltsberatungen 2010 hat sie die Neuverschuldung von 880 Millionen um 60 Millionen gesenkt. Legen Sie mal unsere Anträge und die der Koalition nebeneinander. Und Sie werden feststellen, dass eine ganze Reihe davon auch von uns gestellt worden sind.

Kaczmarek: Sie wollen die Neuverschuldung auf Null schrauben?

Barth: Das muss das Ziel sein. 2020 müssen wir mit einem Haushaltsvolumen von 6,5 bis 7,5 Milliarden auskommen. Das sind zwei Milliarden weniger als jetzt. Wir müssen mit dem Sparen jetzt anfangen.

Kaczmarek: Mit Einsparen macht man sich nicht nur Freunde.

Barth: Sicher. Aber es gibt doch keine Alternative, wenn das Land in zehn Jahren sonst bankrott ist.

Kaczmarek: Außer dem Haushalt: Wo setzt die FDP landespolitisch noch an?

Barth: Nehmen Sie das Beispiel der Umbenennung des Flughafens Erfurt in Er-

» Wir haben die Aufgabe, durch gute Politik vor Ort für ein gutes Klima auf Bundesebene zu sorgen «

Barth: Das scheint mir nicht mehr notwendig zu sein. In Berlin hat man die Dramatik der Situation erkannt.

Kaczmarek: Ist es für Sie traurig, dass man jetzt mehr über das Tief auf Bundesebene als über die Erfolge der FDP im vergangenen Jahr spricht?

Barth: Es ist schon schade, dass sich diese Entwicklungen so überlagern. Ich denke aber, die Mitglieder können unterscheiden zwischen dem, was auf Landes-, und dem, was auf Bundesebene passiert.

Kaczmarek: Aber das hängt trotzdem doch zusammen?

Barth: Es ist ein Geben und Nehmen. Wir haben in Thüringen im vergangenen Jahr stark vom Bundestrend profitiert. Jetzt haben wir in Thüringen die Aufgabe, durch

lich? Thüringen zählt mit Blick auf alle Bildungsstudien zu den Spitzenländern in Deutschland.

Kaczmarek: Die CDU hat die Oberschule dagegengesetzt.

Barth: Was hat sie erreicht? Sie hat sich mit einem Placebo – sprich Gütesiegel für die Oberschule – ihren Widerstand abkaufen lassen. Das gehört für mich zur Misserfolgsbilanz der CDU. Die Förderschulen werden in ihrer Existenz gefährdet, die Erfolge der Regelschulen werden totgeschwiegen. Auch die Kürzungen bei den freien Schulen sind ideologisch motiviert und schaden den Betroffenen.

Kaczmarek: Wer hat in dieser Koalition die Hosen an, Frau Lieberknecht oder Herr Machnig oder doch Herr Matschie?



furt-Weimar. Das ist von uns angestoßen wurden. Ein anderer Punkt ist die Diskussion um die erneuerbaren Energien. Der Wirtschaftsminister will die Flächen für Windanlagen verdreifachen. Die FDP sagt: Wir sollten doch erst einmal die jetzt zur Verfügung stehenden Flächen nutzen. Und wir sollten überall moderne Anlagen mit entsprechend hoher Leistung bauen. Entscheidend ist die Leistung, nicht die Fläche. Wir müssen auch darauf achten, dass diese Anlagen auch in Thüringen hergestellt werden. Der Antrag schlummert im Wirtschaftsausschuss. Die jüngste Sitzung ist ausgefallen, weil die Koalitionäre sich in diesem Punkt nicht einig waren.

Kaczmarek: Der Wirtschaftsminister sagt, er wolle sich vom Konzept des Aufholens zu den alten Ländern verabschieden.

Barth: Das ist doch kein Konzept. Das kann man als Ziel ausgeben.

Kaczmarek: War der Kampf der Landesregierung für die Solarindustrie nicht erfolgreich?

Barth: Der Wirtschaftsminister hat doch nur gegen die Bundesregierung geschossen. Er hat von der Bedrohung von Tausenden von Arbeitsplätzen gesprochen, er hat vor wegbrechenden Märkten gewarnt. Und heute? Die Branche boomt. Es wird mittlerweile so viel Solarstrom eingespeist, dass es schon wieder Preisprobleme gibt. Jetzt warnt Machnig vor Panikmache – so kenne ich ihn gar nicht.

» Machnig sieht sich als Globalpolitiker, der mehr an großen Rädern drehen will, dem Thüringer Politik zu kleinteilig ist «

Kaczmarek: Ist der Eindruck so ganz falsch, dass Machnig manchmal auf die FDP verbal einprügelt, aber in Wirklichkeit den Koalitionspartner CDU meint?

Barth: Den Eindruck würde ich so stehen lassen. Mit bundespolitischen Themen kann man angesichts der Konstellationen in Berlin und in Thüringen wunderbar über Bande spielen. Machnig sieht sich mehr als Globalpolitiker, der eher an den großen Rädern drehen will, dem die Thüringer Politik viel zu kleinteilig ist.

Kaczmarek: Zurück zur FDP: Sie haben zu Anfang der Legislatur gesagt, Sie wollen die bürgerliche Oppositionspartei im Land sein. Haben Sie das Ziel bislang erreicht?

Barth: Profilierung ist ein ständiger Prozess. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Wir sind die einzige bürgerliche Opposition. Die Grünen haben hier im Freistaat Thüringen mit bürgerlichen Werten wenig zu tun. Das ist die dritte linke Partei.

Kaczmarek: Wollen Sie bei der CDU auf Wählerfang gehen?

Barth: Das brauche ich gar nicht.

Kaczmarek: Der CDU-Fraktionschef Mike Mohring sagt: „Eure Wähler sind ja eigentlich unsere Wähler.“

Barth: Die Wähler gehören zunächst erst einmal niemandem. Die Wähler, die sich in Thüringen nicht mehr von der CDU und ihrer Politik in der Koalition repräsentiert fühlen, sind natürlich bei uns herzlich willkommen.

Kaczmarek: Aber Sie könnten doch unter taktischen Gesichtspunkten mit der Entwicklung zufrieden sein, da die SPD doch – wie Sie sagen – in der Koalition den Ton angibt?

Barth: Wenn ich die Taktik in den Vordergrund stelle, ist das richtig. Aber dafür sind wir nicht gewählt. Wir sind gewählt, um für das Land eine gute Politik zu machen. Deshalb gefällt mir die Politik der Landesregierung überhaupt nicht.

Kaczmarek: Das erste Jahr war ein teures Jahr, sagen Sie. Haben Sie die Hoffnung, dass es besser wird?

Barth: Wenn die Landesregierung weiterhin jährlich die Neuverschuldung nur um 200 Millionen Euro herunterschraubt, dann sind wir 2014 wieder da, wo wir vor den Landtagswahlen schon einmal waren: bei einer Neuverschuldung Null. Aber: wir haben zwei Milliarden neue Schulden. Das ist der Preis, den das Land für Schwarz-Rot bezahlt. Das ist ein hoher Preis.

Freiheit für die Wissenschaft

Christlich-liberale Koalition startet Initiative

Wenn in Deutschland über Wissenschaft und Bildung geredet wird, dann geht es meistens ums Geld. Dass die Forschungs- und Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau ausgestattet sein müssen, ist unbestritten. Aber ebenso sind auch die weichen Faktoren einer Wissenschaftslandschaft ausschlaggebend für deren internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehört auch die Frage: Gibt es genügend Freiheit für die Wissenschaft?



Der Jenaer
Bundestagsabgeordnete
Dr. Peter Röhlinger

Die christlich-liberale Koalition hat sich dieser Frage angenommen. Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP als Ziel für Wissenschaft, Forschung und Technologie eine optimistische, technik- und innova-

tionsfreundliche Gesellschaft formuliert. Der Weg dahin wird eine Wissenschaftsfreiheitsinitiative sein, die im Ergebnis in ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz münden soll. Darin soll festgeschrieben werden, welche Freiräume der Wirtschaft und der Wissenschaft eingeräumt und welche Barrieren abgebaut werden müssen. Denn Forschung und Lehre müssen noch enger zusammenführt, die Eigenverantwortung gestärkt und, damit einhergehend, die Bürokratie abbaut werden. Ein wissenschaftstypisches Tarifsystem soll der Abwanderung von Wissenschaftlern entgegenwirken und Forschungsinfrastrukturen für alle zugänglich machen. Das Gesetz soll die Rahmenbedingungen definieren, die neuen Forschungsförderinstrumenten nicht im Wege stehen.

Am 18. und 19. Juni 2010 hat sich der zuständige Arbeitskreis der FDP-Bundestagfraktion auf einer Klausurtagung in Berlin zu Eckpunkten und Thesen eines Wissenschaftsfreiheitsgesetzes verständigt. Die parlamentarische Sommerpause

hat der Jenaer Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Röhlinger genutzt, universitären und außeruniversitären staatlichen Forschungseinrichtungen dieses Eckpunktepapier vorzustellen. Das Echo darauf war überwiegend positiv.

Besonders beeindruckt war Röhlinger vom Besuch des Karlsruher Instituts für Technologie. Die Einrichtung war ehemals ein führendes Kernenergie-Entwicklungszentrum. Unter der rot-grünen Regierung hat der von ihr vorgenommene Paradigmenwechsel in Fragen der Energiegewinnung dazu geführt, dass – unter Missachtung der Empfehlungen der Wissenschaftler des Instituts – Fehlentscheidungen getroffen wurden und die Wissenschaftler den Anschluss an die Weltspitze verloren. „Dabei braucht das deutsche Wissenschaftssystem mehr Spielräume und eigene Verantwortung, um die Attraktivität Deutschlands im internationalen Wettbewerb der Wissenschaftssysteme und Innovationsstandorte zu steigern“, ist Röhlinger überzeugt. *ir*

Fortschritte auf dem Holzweg

Journalist und Autor Albrecht Börner legt Autobiografie vor

Das Jahr 2010 ist der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Viele Veränderungen brachte die Wiedervereinigung mit sich. So wurden in den Neuen Bundesländern auch Fernsehen und Radio neu geordnet und auf die Basis von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten gestellt. Thüringen beteiligte sich am Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Wissen Sie noch, wer die FDP damals im Rundfunkbeirat vertreten hat? Das war der in Jena lebende Schriftsteller und Dramaturg Dr. Albrecht Börner. Und nun hat Albrecht Börner seine Lebenserinnerungen vorgelegt.

‘Fortschritte auf dem Holzweg – Erinnerungen eines Hinterwäldlers’ nennt Börner sein neuestes Buch. Eine spannende Lektüre, denn die Biografie, beginnend im Geburtsjahr 1929 in Schmiedefeld am

Rennsteig, spiegelt bei vielen von uns ein Stück Miterlebtes wider, insbesondere, was die Nachkriegszeit anbelangt. Die Metapher, man könnte in den ersten Nachkriegsjahren eventuell auf dem Holzweg sein im Wald und in der Glasindustrie, kommt dem Leser immer wieder in den Sinn, wenn beschrieben wird, wie die DDR-typischen parteiideologischen Klippen umschiffen werden konnten, sei es später als Lektor im bedeutenden Verlag der Nationen (NDPD) für Belletristik und Sachbücher in Berlin, sei es erst recht dann, als Albrecht Börner Dramaturg beim Fernsehen der DDR wurde.

Dem Intermezzo als Redakteur im Jenaer Wochenblatt ‘Wochenspiegel’ nach der Wiedervereinigung folgte die Tätigkeit im Gründungsbeirat des MDR, danach als Vor-

sitzender des Programmbeirates der ARD. Diese Jahre gehören zu den spannendsten und interessantesten im zweiten Lebensabschnitt Albrecht Börners und sind in seinem Buch ausführlich dargestellt.

Udo Reiter, Intendant des MDR, formuliert in seinem Vorwort: „Hier hat einfach jemand sein Leben gelebt und getan, was nötig war. Und weil er schreiben kann, entsteht daraus etwas spannend Exemplarisches: ein Bild vom Leben der allermeisten, wie es eben ist und bisher immer gewesen war (Golo Mann). Ich wünsche dem Buch von Albrecht Börner viele Leser.“ Dem schließen wir uns an. Immerhin steht am Schluss der Lebenserinnerungen der Satz: „Herausforderungen zu weiteren Schritten auf dem Lebensweg sind da.“ Darauf kann man mit Spannung hoffen. *hl/ir*



Ein Jahr im Bundestag

Patrick Kurth MdB: „Es ist mehr passiert als in mancher kompletten Legislaturperiode“

Mit den Haushaltsberatungen ist der Bundestag im September 2010 in das zweite Jahr der christlich-liberalen Koalition gestartet. Seit einem Jahr vertreten mit Patrick Kurth und Peter Röhlinger zwei Liberale Thüringer Interessen in Berlin. Die liberale Handschrift in der Bundesregierung wird immer deutlicher. Jede andere Koalition wäre wohl den bequemeren Weg gegangen und hätte die Steuern erhöht, statt ein Sparpaket vorzulegen. Die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes umzusetzen wird eine der wichtigen Aufgaben der Bundesregierung für die kommenden Monate sein.

Im Rückblick auf ein Jahr parlamentarische Verantwortung im Bundestag erinnert Patrick Kurth an eine Abfolge von Ereignissen, die zum Teil bislang einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik sind. „Manche sagen, dass in den vergangenen Monaten mehr passiert ist als in mancher kompletten Legislaturperiode“, zieht Kurth Bilanz. Stichpunkte seien die Finanzrettung Griechenlands, der Eurorettungsschirm, der zeitgleiche Verlust

der Bundesratsmehrheit, die zahlreichen Gefallenen innerhalb einer Woche in Afghanistan, der Rücktritt und die Neuwahl des Bundespräsidenten.

Doch nicht nur die großen Ereignisse hätten sein erstes Jahr im Parlament geprägt, so Kurth weiter. Es sei die alltägliche Arbeit eines Parlamentariers, die ständig neue Eindrücke mit sich bringe: „Trotz der ‘großen Bundespolitik’ ist es vor allem die Wahlkreisarbeit mit all ihren Facetten an unterschiedlichen Terminen und Veranstaltungen.“ In Thüringen erwarten ihn neben Bürgergesprächen auch regelmäßig die unterschiedlichsten Termine wie Betriebsbesuche, Eröffnungen, Jubiläen, Podiumsdiskussionen und nicht zuletzt natürlich auch viele Treffen mit Parteifreunden. Als Generalsekretär der FDP Thüringen bedeute Wahlkreisarbeit für ihn aber auch, Interessen des Freistaats und der Thüringer Liberalen in Berlin deutlich zu machen.

Zum Landesparteitag bestätigte er, dass er die Kritik aus Thüringen auch weiterhin in der Bundestagsfraktion deutlich

mache. Aber: „Bei aller berechtigter Kritik darf nicht der Eindruck entstehen, andere Bundesregierungen hätten besser gearbeitet. Das stimmt nicht.“ Allein die Anwesenheit der FDP habe viele unsinnige Entscheidungen verhindert.

Bei der parlamentarischen Arbeit seien es vor allem seine Ausschussmitgliedschaften (im Auswärtigen und im Kultur- und Medienausschuss), die Themen und Einsichten eröffneten, mit denen man sich nicht oft in dieser Tiefe beschäftige. Anders sei da allerdings seine Funktion als Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Aufbau Ost. Diese bringe, ähnlich wie die Wahlkreisarbeit, viele unterschiedliche Themen mit sich. Als Sprecher und als Vorsitzendem der gleichnamigen Arbeitsgruppe lägen ihm die Probleme in seiner Heimat besonders am Herzen. „Thüringen hat, wie ja ganz Ostdeutschland, nach wie vor mit einer hohen Abwanderung zu kämpfen.“ Auch gebe es Herausforderungen in den Bereichen Forschung und Innovation: „Hier müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die kleine und mittelständische Betriebe besser mit Forschungseinrichtungen zusammenbringen“, so Patrick Kurth. In diesem Zusammenhang organisierte Kurth mehrere Ministergespräche, eine Wirtschafts- tagung, aber auch bereits eine internationale Veranstaltung.

Bisheriger Höhepunkt für Kurth war die Debatte zu ‘20 Jahre Deutsche Einheit’ im Deutschen Bundestag. Er war zu dem The-

» Es ist der Geist der Anstrengung und des Aufbruchs aus den neuen Bundesländern, den wir brauchen «

ma der einzige Redner für die FDP-Bundestagsfraktion vor einer nahezu vollständig anwesenden Regierung. Seine Analyse, dass man heute viel von der Aufbruchstimmung von 1990 lernen könne, wurde inzwischen mehrfach aufgegriffen. Auf der bundesweiten Kreisvorsitzendenkonferenz der FDP Ende Oktober in Berlin sagte der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle: „Es ist der Geist der Anstrengung und des Aufbruchs aus den neuen Bundesländern, den wir heute brauchen.“ *ms*

20 Jahre danach

Den Gefährdungen der Freiheit mit Wachsamkeit begegnen

Der abgedruckte Text ist der erste Teil der Festrede von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB und Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, gehalten auf der Festveranstaltung '20 Jahre FDP-Thüringen' am 6. August 2010 in Weimar.

Wir erinnern uns alle an die bemerkenswerten Ereignisse im Spätherbst 1989, an die DDR-Flüchtlinge der Prager Botschaft, an die erlösenden Worte Hans-Dietrich Genschers, an das Durchschneiden des Grenzzauns zwischen Ungarn und Österreich, ebenso wie an die Pressekonferenz von Günter Schabowski, die Öffnung der Berliner Mauer und an unsere ersten Begegnungen. Man vergisst sie nicht.

Der erste, dem ich begegnete, war Hartmut Sieckmann, er kam an einem dieser Abende von Ost nach West durch die Berliner Mauer, wir trafen uns am Ku'damm, seine beiden Kinder begleiteten ihn und wir wussten, dass es eine enge Zusammenarbeit nicht nur der FDP zwischen Hessen und Thüringen geben

Bedeutung das Andreasviertel in Erfurt hatte. Er schlug vor, sofort einige Häuser zu sanieren, um auf jeden Fall Plänen dieses Viertel gänzlich zu durchschneiden, eine Absage zu erteilen. Das gelang und wir gaben Familien ihre Häuser wieder zurück, die ihn weggenommen worden waren. Die Denkmalpflege überhaupt kam zu einer intensiven Zusammenarbeit, und das Landesamt wurde, auch Dank des großen Engagements unseres Partei-

ebenfalls in Hannover, auf dem durch das Engagement von Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher und Hans-Wolfgang Rubin die Hallsteindoktrin und die Oder-Neiße-Linie, große Tabuschwellen deutscher Politik, beiseite geräumt wurden. 'Verzichtspolitiker' war danach der noch gelindeste Vorwurf, der uns entgegengebracht wurde, aber wir waren überzeugt, dass nur durch die Überwindung von Mauer und Stacheldraht dereinst ein

» Persönliche Freiheit heißt, selbst entscheiden zu können und selbst entscheiden zu wollen «

freundes Dr. Ulrich Fickel, neu aufgebaut. Ich sah in diesem Zusammenhang, im Übrigen zum ersten Mal, die Krämerbrücke, das Augustinerkloster in Erfurt, das Bach-Haus in Eisenach, die Wartburg und vieles andere mehr.

Die wenigsten hatten mit dieser Chance noch gerechnet. Aber alle, die vor 20 Jahren, im August 1990, in Hannover am Ver-

wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz in Europa finden konnte.

Der Brief des damaligen Bundesaußenministers Walter Scheel zur deutschen Einheit, der Bestandteil des Vertrages mit Moskau wurde, ist dafür, am Ende eines mutigen politischen Weges, das entscheidende historische Dokument. Ein Mann verkörperte jedoch für mich selbst – und ich glaube auch für viele andere – in dieser Situation die stille Hoffnung von Millionen. Mit seiner bescheidenen Art, seinem politischen Verstand und seiner unerschütterlichen Überzeugung war Wolfgang Mischnick, dieser charaktervolle Mann, der nie müde werdende Vertreter des Strebens der Deutschen nach Einheit in der Freiheit. An ihn heute zu erinnern, der im Übrigen ja auch Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit war, ist für mich eine Verpflichtung. Wir schulden ihm großen Dank.

Seit nunmehr 20 Jahren leben wir alle zusammen, glücklicherweise in Freiheit. Wir alle müssen uns allerdings immer wieder selbst vergewissern, die Grundlagen der Freiheit verteidigen und ihren Gefährdungen mit Wachsamkeit begegnen. Freiheit ist nicht nur durch Diktatur und Unterdrückung gefährdet. Sie ist gefährdet durch die, die mit ihr nichts anfangen können, durch die, die sie überdehnen, und durch die, die sich nicht an Spielregeln halten. Manche fürchten zudem, dass Freiheit anderen mehr nutzt als ih-



sollte. Als ich dann als hessischer Wissenschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident die Friedrich-Schiller-Universität in Jena besuchte, traf ich Peter Röhlinger und Karlheinz Gutmacher. Wir gestalteten den Jura-Studiengang an der Schiller-Universität neu, viele hessische Professoren engagierten sich mit großer Freude.

Der hessische Landeskonservator, Professor Gottfried Kiesow, wusste, welche

einigungsparteitag zur Gesamtdeutschen Freien Demokratischen Partei teilnahmen, hatten die Hoffnung nie aufgegeben. Die Delegierten, die aus Ostdeutschland nach Hannover kamen, erzählten ganz andere Lebensgeschichten und berichteten über politische Hindernisse und Schikanen, wenn sie ihren Überzeugungen Ausdruck geben wollten. Diejenigen, die aus der Bundesrepublik anreisten, erinnerten sich, wie ich auch, an einen Parteitag 1967,

nen selbst. Andere empfinden Freiheit als unbequem. Bei ihnen fehlt die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines sozialen Sicherheitsanspruches an den Staat und eigener Verantwortung zur Erhaltung der Freiheit neu zu disponieren.

Eine Gesellschaft aber, die sich einseitig zu Lasten Dritter vor dem Scheitern bewahren will, gefährdet die Freiheit. Freiheit und persönliche Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille, ohne die eine Bürgergesellschaft nicht funktioniert. Persönliche Freiheit heißt, selbst entscheiden zu können und selbst entscheiden zu wollen. Einschließlich des Risikos, auch scheitern zu können. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, Menschen zu eigener Verantwortung zu befähigen. Das soll und muss das unverwechselbare Ziel liberaler Politik sein und bleiben.

Parlamente und Recht, föderativer Staatsaufbau und Marktwirtschaft, das ist nicht schon die Sache selbst. Was zur Sicherung der Freiheit hinzukommen muss, sind Überzeugungen und auch Bewusstsein für Institutionen und Regeln. Ein Bekenntnis zur Vernunft, eine Haltung mit Weitsicht, die persönliche Qualität von Verlässlichkeit und die Kraft zur Toleranz und zur Gesetzestreue. Bürger wird man nicht allein durch Geburt, Personalausweis oder durch Rechte, sondern durch Haltung, sonst bleibt man Untertan. Wie die Freiheit dauerhafter gemacht werden kann, damit sie auch hinreichend Reformkräfte in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Krisenlagen hervorbringen kann und ein waches Empfinden für die Gefährdungen des Gemeinwesens hat, das ist neben der Bewältigung des Beschäftigungsproblems in Deutschland so außerordentlich wichtig. Und dieses Bewusstsein ist gleichzeitig in Deutschland nicht übermäßig stark ausgeprägt.

Freiheit wird in Deutschland gewünscht, wenn sie abhanden gekommen ist. Freiheit wird weniger geschätzt oder als selbstverständlicher Besitz betrachtet, wenn man sie hat. *Wolfgang Gerhardt*



IMPRESSIEN von der Festveranstaltung '20 Jahre FDP-Thüringen' in Weimar sowie vom Treffen mit der hessischen FDP-Landtagsfraktion in Jena. Alle Fotos: Jens Panse. Weitere Fotos finden Sie auf der Seite www.fdp-thueringen.de.



Thüringens brisante finanzielle Perspektive

Notwendigkeit und Optionen der Haushaltskonsolidierung

Die Lage der meisten öffentlichen Haushalte ist dramatisch – auch in den meisten der Neuen Länder, auch und gerade im Freistaat Thüringen. Neben der Finanzkrise hat die seit langem betriebene Verschuldungspolitik entscheidend zur Misere beigetragen. In den Neuen Ländern wird die Lage der öffentlichen Haushalte zusätzlich durch den absehbaren Rückgang der Einnahmen aus Transferzahlungen von EU und Bund belastet.

Auf der anderen Seite müssen sich die Neuen Länder auf einen deutlichen Anstieg ihrer Ausgaben für Beamtenpensionen einstellen. 20 Jahre nach der Wende gehen viele Beamte in den Ruhestand, und deren Pensionen müssen aus dem laufenden Staatshaushalt beglichen werden. Auch bei den Ausgaben für den Schuldendienst könnte es Steigerungen geben. Momentan zahlen öffentliche Haushalte in Deutschland historisch niedrige Zinsen (um die 4%) – ein deutlicher Anstieg des Zinsniveaus liegt daher durchaus im Bereich des Möglichen.

Da die bundesweite Schuldenbremse den Ländern (trotz gewisser Ausnahmeregelungen) die Möglichkeit zur weiteren Neuverschuldung ab 2020 weitgehend verbaut, ist eine Beendigung der Neuverschuldung juristisch unausweichlich. Für die Beendigung der Neuverschuldungs-

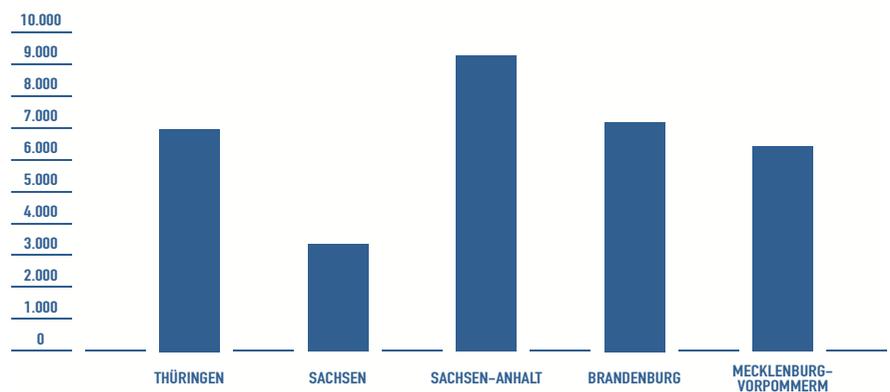
politik und für den Abbau der Altschulden sprechen jedoch auch inhaltliche Argumente wie die steigende Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Schuldendienst oder das schwindende Vertrauen der Kreditmärkte in staatliche Schuldner. Zum nötigen Abbau von Staatsschulden stehen dabei grundsätzlich drei Möglichkeiten zur Verfügung:

- Inflation (Verringerung des realen Werts der Schulden)
- Wirtschaftswachstum (Verringerung der Schuldenquote im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt)
- Tilgung (Rückzahlung der Schulden)

Der Weg einer stark erhöhten Inflationsrate ist aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen nicht erstrebenswert und liegt in der EU zudem (glücklicherweise) außerhalb der Handlungsmöglichkeiten der Politik.

Ein gesteigertes Wirtschaftswachstum ist sicherlich wünschenswert, jedoch entzieht es sich dem direkten Einfluss durch die Politik. Es bleibt als einzig gangbarer Weg für die Politik folglich nur der Abbau der Neuverschuldung und die Tilgung alter Schulden, wobei prinzipiell Einnahme- und/oder Ausgabenseite zur Verfügung stehen.

VERSCHULDUNGSSTAND PRO KOPF



Da empirische Untersuchungen zeigen, dass bislang erfolgreiche Konsolidierungsbemühungen nur über eine Reduktion der Ausgaben stattgefunden haben, sollte die Politik in Deutschland diesen Weg wählen (das zeigen die Analysen der Harvard-Ökonomen Alberto Alesina und Silvia Ardagna zu den Konsolidierungsbemühungen in OECD-Ländern von 1970 bis 2007). Dass eine Haushaltskonsolidierung über die Einnahmeseite nicht funktioniert, hat schließlich schon die Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 gezeigt.

» Es muss gespart werden, um 2020 die Regeln der Schuldenbremse nicht zu verletzen «

2011 gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf bei 620 Millionen Euro. Ist das machbar? Durchaus.

Dazu muss man den Blick nur nach Osten und Norden richten. Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nehmen beispielsweise 2010 keine neuen Schulden auf und planen auch für das Jahr 2011, ausgeglichene Haushalte vorzulegen (siehe Abbildung zu Schuldenstand und Schuldenentwicklung in den Neuen Ländern). Diese Beispiele zeigen: Es öffnet sich momentan ein 'window of oppor-

Bundesland	Gesamtverschuldung in Milliarden EUR	Neuverschuldung 2010 in Millionen EUR	Schulden p.c.
Thüringen	15,7	821	6923,122037
Sachsen	13,8	0	3291,984733
Sachsen-Anhalt	22	740	9235,936188
Brandenburg	18	651	7137,192704
Mecklenburg-Vorpommern	10,6	0	6370,192308
Bund	983	65.200	0,457209302

Die finanzielle Perspektive Thüringens ist besorgniserregend. Allein der Wegfall der EU-Ziel-I-Förderung 2013 wird eine deutliche Reduktion der jährlichen Zuweisungen von rund 300 Millionen Euro zur Folge haben. Noch gravierender wird das Auslaufen des Solidarpakts II bis Ende 2019 sein, fließen 2011 doch immerhin noch 1,15 Milliarden Euro nach Thüringen.

Hinzu kommt der demografische

Wandel: Bis zum Jahr 2020 wird die Bevölkerung im Freistaat Thüringen nach Prognosen um 10% sinken. Mit jedem verlorenen Einwohner gehen dann automatisch auch die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich zurück.

Alles in allem muss sich Thüringen so bis 2020 auf einen deutlichen Rückgang seiner Einnahmen um 20% bis 30% einstellen. Dies würde bedeuten, dass Thüringen 2020 zwischen 6,2 und 7,2 Milliarden Euro Einnahmen hätte – 2010 werden es schätzungsweise noch 9 Milliarden Euro sein. Auf der Ausgabenseite stehen dagegen eine Steigerung der Pensionskosten (es wird mit einer Verzehnfachung der Pensionskosten bis 2020 auf 500 Millionen Euro gerechnet) sowie das Zinsrisiko.

Die Lage ist deshalb eindeutig: Es muss gespart werden, um 2020 die Regeln der Schuldenbremse nicht zu verletzen. Der Konsolidierungsbedarf liegt allein für

tunity', da sich der Freistaat Thüringen am Beginn des Einnahmerückgangs befindet. Dieses Fenster muss jetzt genutzt werden – sonst droht die Verschuldungsfalle. *Justus Lenz/ Stefan Kolev*

GEKÜRZTE FASSUNG Der ausführliche Artikel ist in der 'HWWI News Thüringen 03/2010' veröffentlicht. Der Newsletter kann unter newsthueringen@hwwi.org bestellt werden.

DIE AUTOREN

JUSTUS LENZ ist Referent für Haushalts- und Finanzpolitik bei der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Research Associate an der Zweigniederlassung des HWWI in Thüringen und Doktorand an der Universität Erfurt.

STEFAN KOLEV ist seit April dieses Jahres wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Zweigniederlassung des HWWI in Thüringen, Doktorand an der Universität Hamburg und Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

EINLADUNG

Die FDP-Landtagsfraktion lädt am **29. NOVEMBER 2010** um 19 Uhr alle interessierten FDP-Mitglieder zum **HAUSHALTSFORUM 2011** in das 'Airport-Hotel' Erfurt ein.

Die Fraktion wird dort ihre Einschätzung des Etatentwurfs für 2011 sowie der darin abgebildeten politischen Prioritätensetzung der Landesregierung erläutern und die eigenen Vorschläge gegenüberstellen.

UM ANMELDUNG PER E-MAIL ODER FAX WIRD GEBETEN:
info@fdp-lt.thueringen.de | Fax +49 361 3772705

Blau-gelbe Rafter

Wildwasser-Kanal Sömmerda war fest in liberaler Hand

„An der 19. Auflage des Sömmerdaer Raftings Anfang September 2010 haben wie in den Vorjahren erneut viele Rafter in blau-gelben Shirts teilgenommen“, freute sich der Sömmerdaer Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Heinz Untermann.

Die Thüringer Liberalen gingen mit insgesamt sechs Booten an den Start. Mit dabei waren unter anderem die Landtagsfraktion, die JuLis, der Liberale Mittelstand und eine Mannschaft aus dem FDP-Kreisverband Sömmerda. Das anfängliche Regenwetter konnte die gute Stimmung nicht trüben. Gegen Mittag ließ sich sogar die Sonne sehen. Der Streckenkommentator würdigte den liberalen Einsatz: „Auch wenn diese Jahr keine Wahlen sind, die FDP ist im Gegensatz zu den anderen Parteien wieder dabei“, schallte es über die Lautsprecher. *jp*

Das liberale Duell entschied das Boot der FDP-Landtagsfraktion knapp für sich.



Vor der Einfahrt in die Grube in Unterbreizbach: MdB Patrick Kurth (3.v.l.) hatte den Besuch bei K+S organisiert.

LFA Umwelt, Landwirtschaft und Forsten besucht 'Kali und Salz'

Diskussion zur Bedeutung von K+S für die Region und zur Versalzung der Werra

'Kali und Salz' (K+S) ist einer der größten Arbeitgeber der Region, auch das muss bei den laufenden Diskussionen beachtet werden. Es gilt aber auch: Die Sicherheit des Grundwassers ist für uns wichtig“, so das gemeinsame Fazit von FDP und K+S bei einer Werksbesichtigung im Werk Werra, Standort Unterbreizbach, Schacht II.

Der Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär der FDP Thüringen, Patrick Kurth, führte gemeinsam mit dem FDP-Landesfachausschuss Umwelt, Landwirtschaft und Forsten eine Werksbesichtigung durch. Neben intensiven Gesprächen mit K+S-Vorstandsmitglied Dr. Thomas Nöcker und der Werksleitung führen die Liberalen auch unter Tage ein. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in

einem kurzen Bericht festgehalten. Der FDP-Fachausschuss will jetzt Gespräche mit der Thüringer FDP-Landtagsfraktion, den Fachabgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion sowie der FDP in Hessen und Niedersachsen führen. Für die künftige Auseinandersetzung erhofft sich der Landesfachausschuss mehr Ausgewogenheit.

K+S, so Kurth, sei der größte Arbeitgeber der Region, er erhalte keine Subventionen und nehme dem Eindruck nach die Bedenken der Menschen ernst. Auf der anderen Seite jedoch seien die Ängste der Bevölkerung für die FDP ebenfalls nachvollziehbar. Insgesamt sei mehr Fairness im Umgang miteinander eine Voraussetzung zur Lösung des Problems. *ms*

GEBURTSTAGE & JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG | IM OKTOBER Herbert König (85), Hans Lehmann (75), Manfred Schnauß (75), Karl-Heinz Guhlmann (70), Roland Gundlach (70), Alban Märkl (70), Jürgen Büttner (65), Jürgen Eisner (60), Gerd Mundhaß (60), Monika Becker (55), Rainer Seiffert (55), Klaus-Uwe Hetzer (55), Josef Wieg (55), Thomas Brömel (50), Arnd Vogel (50), Frank Rohleder (50), Kerstin Friese (50), Karsten Hofmann (45), Stephan Garbe (45), Uwe Renz (40), Cordula Groß (35), Svea Wolf (30), Lydia Quitt (25) | **IM NOVEMBER** Siegfried Krause (80), Ingrid Bräunsdorf (75), Heinz Burgold (75), Günter Bechstedt (65), Rosel Schmidt (65), Bärbel Hoffmann (65), Elisabeth Niegemann (60), Wolfram König (60), Hans-Dieter von Schwarzenstein (60), Werner Peters (55), Andreas Weidhaas (50), Rainer Rossbach (50), Heike Scherf (40), Markus Weber (25)

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE GEHEN AUCH AN Rainer Rodekirchen, Matthias Bollwahn, Uwe Schwittlich, Andreas Mächt, Karola Strien, Patrick Kurth, Evelyn Zschächner, Axel Poschmann Raimund Kolbe, Viola Schwedler, Michael Seifert, Kay Rösler

Das gesamte Team der ThL wünscht auch allen anderen 206 Geburtstagskindern, die aus Platzgründen hier leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten, alles Gute!

JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN Andreas Höhne, Uta Hofmann, Peter Georgi, Dirk Heinrich, Christin Held, Uwe Asmus, Johannes Bräun, Mario Rönsch



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Zum Abgewöhnen!

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Seit Jahren versucht die EU-Kommission den Europäern das Rauchen abzugewöhnen. Es ist schließlich ungesund. Nahezu alle Instrumente der Produktpolitik, die Brüssel zur Verfügung stehen, wurden genutzt: Warnhinweise auf den Packungen und Werbeverbote sind längst Gesetz.

Aber damit nicht genug: Trotz dem der Trend zum Tabakkonsum seit Jahren rückläufig ist, wollen die selbsternannten Gesundheitsethiker der EU-Kommission die Daumenschrauben weiter anziehen. In einer Studie ließ man untersuchen, welche Maßnahmen wirkungsvoll sein könnten bzw. ob die EU dazu die nötige Rechtssetzungskompetenz besitzt. Der wohl bemerkenswerteste Einfall der Studirschreiber: 'Plain Packaging'.

Konkret sollen Tabakprodukte in Zukunft nur noch in weißer Verpackung mit standardisierter Schrift verkauft werden. Logos, Farben und Bilder sollen verboten werden. In einer Mitteilung der EU-Kommission

heißt es, dass der Verbraucher, insbesondere Jugendliche, dadurch weniger zum Kauf von Tabakprodukten verleitet oder durch Verpackungen mit hellen Farben oder verwirrenden Deskriptoren in die Irre geführt würden. Kommt nun, nach dem bereits weitgehend vorhandenen Werbeverbot für Tabakprodukte, ein faktisches Vermarktungsverbot?

Die Diskussion über 'Plain Packaging' sollte in diesem Fall jeden wachrütteln, denn sollte diese Idee Eingang in ein Gesetz finden, wird ein gefährliches Exempel statuiert. Die geplanten Verbesserungsvorschläge der Tabak-Produkt-Richtlinie der EU-Kommission reichen weit über die bisherigen Regulierungen hinaus. Neben der Einführung genormter Einheitsverpackungen, soll der Zugang zu Zigaretten erschwert, strengere Warnhinweise auf Zigarettenpackungen eingeführt und die Tabak-Produkt-Richtlinie auf zigarettenähnliche spezielle Tabak- und Nikotinprodukte anwendbar gemacht werden. Für

die Unternehmen stellt die Einführung des 'Plain Packaging' de facto ein Verbot der Verwendung ihrer farbigen Wort-Bildmarken dar und mithin einen Verstoß gegen die Eigentumsgarantie aus Artikel 14, Absatz 1, Grundgesetz.

Alkohol, Fast Food und Süßigkeiten standen schon oft genug auf der Brandmarkungsliste Brüsseler Verbraucherschützer. Der Eingriff in die Medien- und Vermarktungsfreiheit wäre ein ordnungspolitischer Sündenfall, der in einer Marktwirtschaft nichts zu suchen hat. Und die Europäische Union würde einmal mehr das weit verbreitete Klischee des bevormundenden Gesetzgebers bestätigen. Zum Abgewöhnen! Aber nicht das Rauchen wird den Bürgern abgewöhnt, sondern die Lust auf die EU. Und die ist bekanntermaßen ohnehin schon gering.

HOLGER KRAHMER || MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 106158
60, RUE WIERZT | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU

Für Thüringen werben

Internationale Spitzendiplomaten zu Besuch bei den Thüringer Liberalen

Wie stark Thüringer Unternehmen bereits im Außenhandel engagiert sind, ist der Öffentlichkeit oftmals nicht bewusst. Deshalb wollen die Thüringer Liberalen das Thema stärker in den Blick rücken.

Um etwa die Bekanntheit des Freistaates in Nordamerika zu erhöhen, haben die Liberalen den kanadischen Botschafter S.E. Dr. Peter M. Boehm im September nach Thüringen eingeladen. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Uwe Barth war Boehm unter anderem bei der Jenoptik AG in Jena und der Mikrotechnik und Sensorik GmbH in Hermsdorf zu Gast. Zudem arrangierten die Liberalen ein Treffen mit Stephan Fauth, dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens (VWT). Im Luthersaal des Erfurter Augustinerklosters konnte der Botschafter im Rahmen der FDP-Reihe 'Internationale

Der Botschafter, der seit zwei Jahren in Deutschland ist, zeigte sich auch als scharfer Beobachter der hiesigen Politik, der er aber als „guter Diplomat keine Ratschläge geben wollte“. Die Reihe soll mit namhaften Persönlichkeiten aus Diplomatie, internationaler Politik und Wirtschaft fortgesetzt werden. Der Botschafterbesuch in Erfurt war der ranghöchste internationale Besuch bei den Liberalen im Freistaat bisher und wohl die erste Einladung dieser Art durch eine Thüringer Landtagsfraktion.

Die Nahrungsmittelindustrie ist die zweitstärkste Branche in Thüringen. Ihre besondere Stellung ergibt sich auch aus dem geschlossenen Produktionskreislauf und den zahlreichen Thüringer Markenprodukten, die über die Landesgrenzen hinweg einen Namen haben. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich



Oben: Botschafter Dr. Peter M. Boehm (2.v.l.) war vom Besuch der alten Bibliothek im Erfurter Augustinerkloster begeistert. | Unten: Der ehemalige Staatssekretär und Attaché der dänischen Botschaft Poul Ottosen (links) besuchte mit Franka Hitzing den Baumkronenpfad im Nationalpark und ließ sich vom Leiter Manfred Grossmann die Planungen für den weiteren Ausbau erläutern.

» Die Thüringer Liberalen möchten zeigen, wie leistungsstark die heimische Wirtschaft ist «

Abende' außerdem einem sehr zahlreich erschienenen Publikum sein Heimatland Kanada vorstellen.

„Wir werden uns immer aber auch nach Europa orientieren, denn wir sind uns unserer Wurzeln bewusst“, sagte der Botschafter, dessen Eltern aus Siebenbürgen nach Kanada ausgewandert sind. Deutschland sei eines der wichtigsten Tore nach Europa, Kanada der drittgrößte Investor. In der anschließenden spannenden Diskussion standen Themen wie die Außenpolitik Kanadas, die Einwanderungsproblematik, die Parteienlandschaft und Gesundheitspolitik im Mittelpunkt.

vorgenommen, diese Produkte auch in ganz Europa bekannter zu machen und startete deshalb im Juni 2010 eine Reihe landwirtschaftlicher Bereisungen mit europäischen Agrardiplomaten. Zu den ersten Gästen zählten der niederländische Botschaftsrat und Abteilungsleiter für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität Gerbert Kunst sowie der Botschaftsattaché Arie Veldhuizen. Die Thüringer Liberalen besuchten mit den Gästen aus dem Nachbarland, das zu den wichtigsten Handelspartnern im Bereich der Nahrungsmittelindustrie in Europa zählt, ausgewählte Betriebe und Einrich-

tungen im Ostthüringer Raum. Von Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Thüringer Landwirtschaft überzeugte sich auch Poul Ottosen, Attaché der dänischen Botschaft und ehemaliger Staatssekretär. Zusammen mit der Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing besuchte er Landwirtschafts- und Tourismusbetriebe in Mittelthüringen.

Durch Einladungen wie diese möchten die Liberalen internationalen Experten zeigen, wie leistungsstark die heimische Landwirtschaft ist. Über die Staatsgrenzen hinweg soll für Thüringer Produkte gewonnen werden. Fortsetzung folgt. *jp*

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3456482 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Justus Lenz *jl* | Hans Lehmann *hl*
Matthias Naggert *mn* | Ingo Reimann *ir* | Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd*

BEITRÄGE Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 2.500 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

